



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Thomas Bareiß MdB, 22. Juni 2010: Plädoyer für eine nachhaltige Industriepolitik

Deutschland ist die viertgrößte Industrienation der Welt! Mit einem Anteil von rund 25 Prozent an der Bruttowertschöpfung erwirtschaftet die deutsche Industrie jährlich 500 Mrd. Euro an Werten und beschäftigt direkt über 6 Millionen Menschen. Die deutsche Industrie ist damit größer als die Frankreichs und Großbritanniens zusammen. In den letzten Jahren hat die Bedeutung stetig zugenommen. Damit sind unsere Industriebranchen die Innovationstreiber und der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den energieintensiven Industrien zu.

Dazu gehören neben der chemischen Industrie auch Stahl und Nichteisen-Metalle sowie Baustoffe, Glas und Papier. Die hergestellten Grundstoffe wie Aluminium, Kupfer, Zement und Gips stehen am Beginn zahlreicher Wertschöpfungsketten und bilden die Basis für erfolgreiche und wettbewerbsfähige Endprodukte. In ganz besonderer Weise stehen die energieintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Eine sichere Energieversorgung und wettbewerbsfähige Energiepreise sind Voraussetzung für den Erhalt der energieintensiven Unternehmen in Deutschland. Dem muss die zukünftige deutsche Energie- und Klimapolitik gerecht werden. Energiepolitische Weichenstellungen der nächsten Jahre müssen sich daran orientieren.

Wir dürfen die Zukunft dieser für Deutschland so wichtigen Branchen nicht aufs Spiel setzen. Dabei geht es nicht um den einseitigen Schutz eines Wirtschaftszweigs, sondern um faire Verhältnisse im internationalen Wettbewerb (level playing field). Durch eine unvermeidliche Verteuerung des Stroms, zusätzliche Belastungen durch den Emissionshandel und den geplanten Wegfall von Strom- und Energiesteuerbegünstigung im Zuge der anstehenden Haushaltskonsolidierung besteht die Gefahr, die Rahmenbedingungen auf dramatische Weise zu Ungunsten dieser deutschen Unternehmen zu verändern. Bereits jetzt hat Deutschland die zweithöchsten Industriestrompreise in Europa. So sind die Preise in Deutschland mit 9,22 Cent/kWh rund 50 Prozent höher als zum Beispiel in Frankreich. Wir dürfen die ohnehin schon vorhandenen Wettbewerbsnachteile nicht noch zusätzlich vergrößern.



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die ökologische Steuerreform wurde 1999 so ausgestaltet, dass Benachteiligungen für wichtige Industriebranchen vermieden werden. Die aktuellen Pläne, die Steuervergünstigungen für energieintensive Industrien um bis zu 5,5 Milliarden Euro zu kürzen, entsprechen einer Reduktion um knapp 40 Prozent und würden für viele Unternehmen zu enormen Mehrbelastungen führen. Unbestritten ist die Notwendigkeit der Beseitigung von Mitnahmeeffekten beim sog. Schein-Contracting. Weitere Maßnahmen darüber hinaus sind für die Branchen nicht zu bewältigen. Die geltenden Sonderregelungen sind keine Steuersubventionen oder Steuergeschenke. Sie sorgen stattdessen für die notwendige Chancengleichheit gegenüber ausländischen Wettbewerbern. An diesen Pfeilern darf nicht gerüttelt werden.

Weitere Gefahren drohen aus Brüssel. Die 3. Emissionshandelsperiode steht an. Derzeit verfolgt die EU ein CO₂-Reduktionsziel um 20 Prozent bis 2020. Rufe nach einer Erhöhung des Reduktionsziels auf 30 Prozent kommen vor allem auch aus Deutschland. Wir haben mit einer angestrebten CO₂-Minderung um 40 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 aber bereits ein sehr ambitioniertes Ziel. Ein Heraufsetzen des CO₂-Reduktionsziels der EU von 20 auf 30 Prozent würde für Deutschlands Industrien noch stärkere und nicht mehr zu stemmende Belastungen nach sich ziehen.

Umso dramatischer ist diese Entwicklung weil derzeit nicht abzusehen ist, dass andere Nationen wie die USA oder die BRIC-Staaten mitziehen werden. Es ist zu befürchten, dass es zu einem dramatischen Wettbewerbsnachteil des Industriestandorts Deutschland kommt, der zu massiven Abwanderungen wichtiger Schlüsselbranchen führt (Carbon Leakage). Damit hätten wir auch dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen. Es ist nicht anzunehmen, dass in Ländern wie beispielsweise China ähnliche Voraussetzungen gegeben sind. In Deutschland hingegen haben die Energieintensiven ihre CO₂-Emissionen in den letzten 20 Jahren um insgesamt rund 20 Prozent reduziert. Die energieintensiven Industrien mit knapp 900.000 Arbeitsplätzen tragen zur Innovationskraft in Deutschland bei und sorgen für einen technologischen Vorsprung unserer Unternehmen. Vielfach sind sie damit auch Grundlage für Anstrengungen im Klima- und Umweltschutz.



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die energieintensiven Industrien sind das Herzstück unserer Wirtschaft – im Übrigen nicht zuletzt aus dem Grund, dass energieeffiziente Gebäude, Fahrzeuge und Haushaltsgeräte sowie Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien durch Produkte der „old economy“ überhaupt erst ermöglicht werden. Wir brauchen auch in Zukunft sichere und vor allem bezahlbare und damit eine wettbewerbsfähige Energieversorgung für unsere heimische Industrie. Dies übrigens nicht nur um unsere bestehenden Industriestrukturen zu stärken. Auch vom weltweiten Investitionsgeschehen in den energieintensiven Branchen wird Deutschland erst dann wieder in größerem Maße profitieren können, wenn die Rahmenbedingungen hierzulande - einschließlich der Energiepreise - für Neuinvestitionen attraktiv sind.

Diese Fragen müssen Bestandteil des zukünftigen Energiekonzepts sein. Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch. Wir brauchen eine engagierte und nachhaltige Industriepolitik, die sich an ökologischen und ökonomischen Zielen gleichermaßen orientiert und eine Symbiose der beiden Bereiche herstellt.